

Just Transition Funds – Stellungnahme des Regionalverbands Ruhr (RVR) anlässlich des Verordnungsvorschlags der EU-Kommission

Stellungnahme:

Die Metropole Ruhr begrüßt das Engagement der Europäischen Union für einen forcierten klimagerechten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist dabei richtig und zwingend geboten, die ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen dieses Übergangs hin zu einer klimaneutralen Europäischen Union zu gestalten.

Der Just Transition Fonds (JTF) soll allen Mitgliedstaaten zugutekommen, vor allem aber diejenigen Gebiete und Regionen unterstützen, die durch den Übergang zur Klimaneutralität vor besonders große Herausforderungen gestellt werden. Die EU-Kommission empfiehlt, den Fonds in Deutschland allein auf die Braunkohlereviere auszurichten. Dieses Vorgehen ist mit Blick auf den vorgeschlagenen Rechtsakt nicht plausibel. In Analogie zum Strukturstärkungsgesetz **sollte auch die Metropole Ruhr, mit ihren fünf Kohle-Kraftwerksstandorten, in die Förderung durch den Fonds miteinbezogen werden.**

Die EU-Kommission schlägt vor, den JTF mit frischen EU-Mitteln in Höhe von 7,5 Mrd. EUR auszustatten. Darüber hinaus ist eine Aufstockung mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) vorgesehen. Zudem sollen die Mitgliedstaaten weitere nationale Mittel für die Ko-Finanzierung einsetzen. Die EU-Kommission erhofft sich, dadurch insgesamt 30 bis 50 Mrd. EUR in Projekte für den gerechten Übergang investieren zu können.

Aufgrund der Kopplung des JTF mit den ESI-Fonds über die Dachverordnung sowie die zusätzlichen Mittel, die verpflichtend aus den EFRE- und ESF+-Töpfen für die JTF-geförderten Projekte gezahlt werden sollen, ist damit zu rechnen, dass der JTF einschneidende Effekte auf die Struktur- und Kohäsionsförderung der EU haben wird.

Der Strukturwandel in den strukturschwachen Regionen und die Nachhaltigkeit bereits getätigter Investitionen dürfen durch die notwendige Unterstützung des Wandels und des Übergangs in den Kohleregionen nicht gefährdet werden.

Vielmehr sollten Direktinvestitionen in europäische Städte und Regionen verstärkt werden, um sicherzustellen, dass die EU über geeignete Instrumente zur Bekämpfung der Klimakrise verfügt und eine Verschärfung der sozialen und territorialen Ungleichheiten verhindert.

Die Haushaltsvorschläge der EU dürfen die Kohäsionsfinanzierung nicht beeinträchtigen. Es ist deshalb zwingend erforderlich, nicht nur 7,5 Mrd. €, sondern das komplette vorgesehene Finanzvolumen des JTF in Höhe von rd. 20 bis 30 Mrd. € in Form neuer Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Metropole Ruhr spricht sich vehement gegen eine Mittelausstattung des JTF zu Lasten bestehender Fonds aus. Das gilt insbesondere für den EFRE und den ESF+, Strukturfonds, die für die Erreichung der Entwicklungsziele der Metropole Ruhr eine hohe Relevanz haben und als Voraussetzungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Strukturpolitik in ungekürzter Ausstattung benötigt werden.

Zur Erreichung der Entwicklungsziele der Metropole Ruhr, sind passgenaue EU-Strukturfördermittel in ausreichender Höhe nötig. Dazu gehören Mittel für die Innovationsförderung, die Entwicklung grüner Infrastrukturen oder zur Förderung der sozialen Inklusion. Die Entnahme von Strukturfördermitteln für die Abfederung des

Essen, 11.03.2020

klimagerechten Umbaus der Gesellschaft ist strikt abzulehnen. Dadurch entsteht der Eindruck, dass Ziele der sozialen Kohäsion und der regionalen Entwicklung mit den Zielen des JTF in Konkurrenz gesetzt werden. Ein solches Vorgehen läuft den Zielen des JTF zuwider und hätte negative Auswirkungen auf die Akzeptanz der betroffenen Menschen und Regionen.

Aufgrund der Kopplung des JTF mit den ESI-Fonds über die Dachverordnung ist zudem ist eine weitere Verzögerung der Gesetzgebungsverfahren zu erwarten, da die Operationellen Programme die neue Priorität des JTF einbeziehen müssen. Es wird deshalb angeregt, eine Entkoppelung vorzusehen.

Hintergrundinformationen zum Regionalverband Ruhr:

Der Regionalverband Ruhr (RVR) mit Sitz in Essen ist der Zusammenschluss der elf kreisfreien Städte und vier Landkreise der Metropole Ruhr mit rund 5,1 Millionen Einwohner*innen. Er ist für die Regionalplanung in der Metropole Ruhr zuständig und Träger bedeutender Infrastrukturprojekte.

Kontakt für Rückfragen:

Andrea Höber

Referatsleiterin und EU-Beauftragte des Regionalverbandes Ruhr
Referat Europäische und regionale Netzwerke Ruhr
Kronprinzenstraße 6
45128 Essen

Fon: +49 201 2069-6362

Mobil: +49 160 97553542

Mail: hoeber@rvr.ruhr